

Streitbar und kontroversiell sind sie, seine Schlussfolgerungen aus dem Management der Coronakrise in Österreich und Deutschland. Freilich will Christian Felber argumentativ keineswegs in einen Topf mit FPÖ und AfD geworfen werden. Und teilt doch deren Kritik an zu viel Zwang während der Pandemie und einer regelrechten Traumatisierung von Teilen der Bevölkerung. Bei seinem Auftritt bei den Goldegger Dialogen am Donnerstag, 19. Juni, sind wohl spannende Diskussionen garantiert.

SN: Was ist so schlimm daran, dass während der Coronapandemie Grundrechte eingeschränkt wurden? Die meisten Menschenrechte können aus guten Gründen begrenzt werden, sie wurden ja nicht abgeschafft.

Christian Felber: Zunächst: Grundrechte sind das Herzstück der Demokratie. Sie wurden über Jahrhunderte sukzessive erkämpft und immer prominenter in Verfassungen und völkerrechtlichen Verträgen verankert. Einschränkungen sind ihrerseits beschränkt. Es braucht immer ein Gesetz dazu, und einige Grundrechte wie die Menschenwürde oder das Sklaverei- und das Folterverbot dürfen gar nicht eingeschränkt werden. Die einschränkbareren Grundrechte dürfen auch nicht entkernt werden. Zum Beispiel dürfen Demonstrationen nicht absolut verboten, sondern nur mit Auflagen belegt werden. Einer meiner vielen Vorschläge ist etwa nach den Erfahrungen der Covidpandemie, das Grundrecht auf Unversehrtheit zu einem absoluten Grundrecht aufzuwerten.

SN: Es wurde aber niemand mit Polizeigewalt gezwungen, sich impfen zu lassen.

Nein, aber das Recht auf Unversehrtheit ist bereits verletzt, wenn man sich impfen lassen oder Maske tragen muss, um eine Strafe zu vermeiden. Diese Vorgehensweise war verantwortlich für die tiefe Spaltung der Gesellschaft – eine für alle schmerzhafteste Erfahrung, aus der wir die Lehre ziehen können, das Recht auf Unversehrtheit zu stärken.

SN: Viele würden genau das Gegenteil sagen: Das Recht auf Unversehrtheit ist verletzt, weil sich viele nicht an die Maßnahmen gehalten haben.

Nein, denn Verletzung meint eine vorsätzliche Verletzung durch den Staat. Eine unabsichtliche Ansteckung mit einer übertragbaren Krankheit zählt dagegen zum allgemeinen Lebensrisiko – sonst müsste es ja regelmäßig auch Grippe-Lockdowns geben. Und Autofahren wäre ganz verboten. Beim Schutz von Gesundheit und Leben hat der Staat die Möglichkeit, gefündere Maßnahmen zu wählen, zum Beispiel: Wer sich damit sicherer fühlt, erhält eine kostenlose Impfung, kann Maske tragen oder Menschenansammlungen meiden. Das ist allemal verhältnismäßiger, als alle zu zwingen, eine Maske zu tragen, sich impfen zu lassen oder Begegnungen zu vermeiden.

SN: Sie schreiben von einem „Trauma“, das Menschen erleiden würden, wenn sie sich impfen lassen müssen. Ist das nicht übertrieben, hier von einem Trauma zu sprechen?

Man unterschätzt die Macht des Staates: Ein Eingriff in den Körper gegen den Willen der Betroffenen kann diesen Effekt haben. Traumatisch kann auch eine schwere Nebenwirkung sein, wenn jemand in die Sicherheit des Impfstoffs vertraut hat. Auch die Weigerung der Institutionen, die Behandlungskosten zu begleichen oder einen schweren Impfschaden zu entschädigen. Und schließlich der Tod einer Angehörigen. All dies ist passiert und wird nicht ausreichend gewürdigt. Die Gesellschaft lässt hier bis heute Empathie und Solidarität vermissen.

SN: Die Lockdowns, vor allem die Schulschließungen und die Impfpflicht, werden heute als schwere Fehler angesehen. Was wäre darüber hinaus noch besser gewesen?

Reden statt nur regieren

Krise und Demokratie.
Christian Felber, bekannt durch Bücher über die Gemeinwohlökonomie, hat sich mit dem Management der Coronapandemie auseinandergesetzt. Und er überrascht mit höchst umstrittenen Ansichten.

EVA BACHINGER



Gut wäre es gewesen, sich wie Schweden an die Pandemiepläne zu halten und auf freiwillige Empfehlungen zu setzen, das bildet Vertrauen. Auch die letzte aktualisierte Maßnahmenübersicht der WHO von 2019 hat weder Masken für die Allgemeinheit noch Schulschließungen empfohlen. Es hat sich empirisch nicht belegen lassen, dass diese Maßnahmen eine eindeutig positive Wirkung haben. Nicht Schweden hat ein Hochrisikoexperiment gemacht, sondern die Lockdown-Länder. Der Begriff Lockdown kommt aus dem Gefängnismanagement und bezeichnet die Bestrafung von Häftlingen, die sich fehlerverhalten haben. Das ist keine menschenwürdige Krisenkommunikation.

SN: Ist es nicht auch verständlich, dass Politiker aus Angst vor vielen Todesfällen auf Nummer sicher gehen?
Egal wie groß die Gefahr ist, das oberste Prinzip des Krisenmanagements hat bis 2020 gegolten, Ängste zu beruhigen. Viele Politiker, allen voran Sebastian Kurz, haben Angst geschürt, mit Aussagen wie „Jeder wird jemanden kennen, der an Corona gestorben ist“, „Gezielte Angstmasche und „Schocktherapie“, vom Soziologen Heinz Bude empfohlen, sollten strafbar werden. Die Ausrufung einer Pandemie macht ohnehin schon genug Angst, darum ist es wichtig gegenzusteuern, anstatt Öl ins Feuer zu gießen. In einer Krise gilt es, kühlen Kopf zu bewahren und rationale Entscheidungen auf Basis wissenschaftlicher Evidenz zu treffen.

SN: Wie könnte man nun wieder aufeinander zugehen?

Es hilft, erst einmal zuzuhören, dass es verschiedene Modelle gab: Zum einen Deutschland oder Österreich. Hier wurden zwei Dutzend Grundrechte eingeschränkt, es gibt bisher weder eine umfassende Aufarbeitung noch eine Entschuldigung. Schweden war demokratischer und ist besser durch die Krise gekommen. Slowenien wiederum hat auch Lockdowns verhängt, jedoch hat sich nach einem wegweisenden Urteil des Verfassungsgerichts die Justizministerin bei der Bevölkerung entschuldigt, und es wurden alle Coronastrafen zurückgezahlt. Mein Plädoyer ist, den Effekt der Polarisierung noch einmal aufzuarbeiten. Die Regierung und manche Befürworter der Grundrechtseinschränkungen taten so, als wäre die einzige Alternative das Leugnen oder Verharmlosen der Pandemie, also ein Einstimmen in den Tenor der FPÖ oder der AfD. Dadurch wurden viele Breitenrad zwischen unsichtbar gemacht. Es hätte aber Mittelwege gegeben, zum Beispiel Empfehlungen oder gesetzliche Maßnahmen ohne Grundrechtseinschränkungen.

SN: Sind große Krisen wie die Klimakrise mit freiwilligen Empfehlungen wirklich zu meistern?

Die Pandemie war ein Anlassfall zu erkennen, wie wir Krisen managen. In der Vergangenheit wurden Krisen – soziale Unruhen, Bürgerkrieg oder Krieg – mit harter Hand geregelt. Die Frage, die sich uns für die Zukunft stellt, ist, wie wir die Menschenrechte auch in Krisen intakt halten. Ich plädiere dafür, dass wir die Notstandsgesetze entschärfen und Notstände in Zukunft partizipativ managen. Der Regierung könnte ein demokratischer Krisenrat zur Seite gestellt werden, der mit einem Veto gegen Grundrechtseinschränkungen ausgestattet wird. Einzelne Rechte könnten auch ausgeweitet werden, zum Beispiel das Diskriminierungsverbot auf den medizinischen Status. Entscheidend ist auch die Diskursgestaltung durch die Qualitätsmedien. Partischanerungen, Polarisierung und „Faktenchecks“ gegen abweichende Meinungen sind zu vermeiden, es sollten alle Perspektiven vorkommen, niemand diskreditiert und die Meinungsfreiheit geschützt werden.

Buch: Lob der Grundrechte. Wie wir in kommenden Krisen das Gemeinwohl schützen. Westend-Verlag 2025.

Bei den Goldegger Dialogen spricht Christian Felber am Donnerstag, 19. Juni, um 20.30 Uhr zum Thema „Lob der Grundrechte. Wie wir in kommenden Krisen das Gemeinwohl wahren“.